

Beschluss des Landrats vom 24.03.2022

Nr. 1428

27. Gratis U-Abo fürs Baselbiet 2021/200; Protokoll: mko

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) informiert, dass der Regierungsrat die Motion ablehne.

Peter Hartmann (Grüne) möchte im Sinne eines Wissenstranfers doch noch ein, zwei Bemerkungen zu diesem Vorstoss machen.

Der Regierung sei für die Antwort gedankt. Sie sagt, dass selbst bei einem Gratis-U-Abo die Verkehrsverlagerung nur marginal wäre, was so viel bedeutet wie geringfügig, unwesentlich oder unbedeutend. Sie führt dazu Beispiele an, nämlich das Fürstentum Liechtenstein, Hasselt (Belgien), Tallinn und Luxemburg. In Liechtenstein war der ÖV im Jahr 1988 gratis, das sind immerhin schon 34 Jahre her. Damals wohnten ca. 28'000 Menschen in Liechtenstein. Es handelte sich um eine Art Marketingmassnahme, um der Bevölkerung mitzuteilen, dass es im Ländle auch einen ÖV gibt. Es ging nur um eine Handvoll Postautolinien und das Resultat waren dann teilweise übervolle Busse, was immerhin zu Taktverdichtungen und damit zu attraktiveren Angebot geführt hat, was ja laut unserer Regierung so wichtig ist.

Bei Hasselt / Belgien handelt es sich um eine Stadt mit ca. 80'000 Einwohnern. Es ging damals ebenfalls um Busse, die von 1997 bis 2013 gratis verkehrten. Die vom Votanten recherchierten Quellen sagen, dass es ein Erfolgsmodell gewesen sei, aber irgendwann einmal das Geld gefehlt hat. Nämlich dann, als die Region sich nicht mehr an den Kosten beteiligte und die Stadt alleine die Kosten hätte übernehmen müssen.

In Tallin, der Hauptstadt von Estland (mit 440'000 Einwohnern), ist der ÖV aufgrund einer Volksabstimmung seit 2013 gratis. Gratis heisst dort: für alle Einwohnerinnen der Stadt, sowie landesweit für alle Studierenden und pensionierten Personen von Estland. Tallin hat mit der Einführung vor allem das Ziel verfolgt, dass sich die Wochenaufenthalter als Erst-Wohnsitz für die Hauptstadt entscheiden – was denn auch ca. 25'000 Personen taten und somit und die Steuereinnahmen markant erhöhten.

In Luxemburg startete der Gratis-ÖV unmittelbar nach Beginn der Corona-Pandemie. Deshalb ist es schwierig, eine Bilanz zu ziehen.

Eine Stadt aber wird in der Stellungnahme der Regierung nicht erwähnt, obwohl es kaum vorstellbar ist, dass dieses Beispiel den zuständigen Mitarbeitenden in der BUD nicht bekannt ist. Es handelt sich um die Stadt Montpellier in Südfrankreich. Montpellier hat knapp 300'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stadt führt den Gratis-ÖV in einem 3-Stufenplan ein. Seit September 2020 (1. Phase) ist der ÖV für alle Einwohnerinnen und Einwohner am Wochenende gratis. Seit September 2021 (2. Phase) ist er zusätzlich für alle Personen unter 18 oder über 65 Jahren auch unter der Woche gratis. In der 3. Phase soll der ÖV ab 2023 für alle gratis werden.

Warum hat sich Montpellier für den Gratis-ÖV entschieden? 1. Aus ökologischen Gründen als ganz konkreten Beitrag zum Klimaschutz. 2. Aus sozialen Gründen, um niemanden von der Mobilität auszuschliessen. 3. Aus ökonomischen Gründen, wobei sie argumentieren, dass das eingesparte Geld dann für Konsum ausgegeben wird, was dem Gewerbe zu Gute kommt.

Peter Hartmann ist bin überzeugt, dass dank der Einführung eines Gratis-U-Abo nicht nur ein marginaler Umsteigeeffekt, sondern ein deutlicher Umsteigeeffekt resultieren würde. Manchmal fragt er sich, ob sich die Menschen hier mit der stetig wachsenden Blechlawine nicht selber kaputt machen, mit dem täglichen Verkehrs-Chaos nicht nur, aber auch bei der Suche nach freien Parkplätzen. Der Votant wohnt in Sichtdistanz zur St. Jakob-Strasse in Muttenz und musste gestern Zeuge

werden, wie sich nach einem Unfall im Schänzlitunnel die Autos in beide Richtungen zwei bis drei Stunden lang gestaut haben. Auch würde die Einführung eines Gratis-U-Abos bestimmt dazu führen, dass es älteren Leuten leichter fallen würde, ihren Führerschein abzugeben.

Felix Keller (Die Mitte) möchte auf die Bundesverfassung hinweisen, wo es in Art 81 (öffentlicher Verkehr) heisst: «Die Kosten des öffentlichen Verkehrs werden zu einem angemessenen Teil durch die von den Nutzerinnen und Nutzern bezahlten Preise gedeckt». Eigentlich ist ein Gratis-U-Abo gar nicht bundeskonform. Es bräuchte wenn schon einen symbolischen Beitrag von 1 Franken, aber gratis geht nicht. Aber ein Franken ist natürlich viel zu wenig. Die Mitte/glp-Fraktion wird deshalb auch diesen Vorstoss nicht unterstützen.

://: Mit 55:25 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die Motion abgelehnt.

[Wegen des Ausfalls der Abstimmungsanlage musste das Resultat von Hand ausgezählt werden; das Abstimmungsverhalten konnte nicht festgehalten werden.]

Landratspräsidentin **Regula Steinemann** (glp) hatte bei ihrer Antrittsrede gesagt, dass es an ihren Kolleginnen und Kollegen liege, wie fest sie hier vorne nicht nur sitzen, sondern auch schwitzen dürfe. Heute stellt sie fest, dass dies ein Stück weit auch der Technik gelungen ist. Vor allem die Landeskanzlei war sehr bemüht, dafür zu sorgen, dass trotzdem alles so gut wie möglich funktionierte. Sie dankt allen Anwesenden für ihre Geduld und den Stimmzählenden für ihre Arbeit und schliesst die Landratssitzung.
